

Wer Rentner quält, wird nicht gewählt!

Aufruf gewerkschaftlicher Seniorenarbeitskreise
des DGB, der IG Bau, IG Metall und von ver.di



Politiker, die nichts gegen systematische Altersverarmung unternehmen, sind für uns nicht wählbar!

Wir fühlen uns verhöhnt und betrogen! Man sagt, die Alten beuten die Jungen aus. Es gäbe keine Generationengerechtigkeit.

Deshalb senkt man die Rente systematisch bis 2030. Das Rentenniveau wurde von 53 % der letzten Nettoeinkommen im Jahr 2000 auf heute 48 % gesenkt. Im Jahr 2030 soll sie nur noch 43 % betragen.

Das gilt für jetzige und zukünftige Rentnerinnen und Rentner.

Das Rentenniveau sinkt also in 30 Jahren um über 20 %! Man treibt sehr viele von uns in die Altersarmut und sagt dazu: Das ist gerecht. Wir sagen: Das ist der blanke Hohn!

Den Jungen erklärt man: ihr müsst privat vorsorgen, um eure Altersarmut zu verhindern. Mindestens 4 % vom Brutto an private Versicherungen sollen helfen.

Wir sehen darin einen Betrug an den jüngeren Generationen. Sie sollen jetzt schon (und nicht erst in 16 Jahren) 4 % mehr zahlen – und das allein, die Arbeitgeber sparen 2 %. Die Erträge aus den Versicherungen sind sehr unsicher und sinken dramatisch.

V.i.S.d.P.: Frank Hornschu, DGB Region KERN



Selbst dieser betrügerische Weg ist für uns abgeschnitten. Unsere Renten – und damit Lebensniveau – werden sinken, dagegen können wir nichts mehr machen. Das sollen wir jedenfalls glauben.

Wir wissen aber: Gesetze werden von Politikern gemacht, sie können auch von Politikern geändert werden!

Deshalb erklären wir:

Politiker, die nichts gegen systematische Altersverarmung unternehmen, sind für uns nicht wählbar!

Wir werden in Zukunft keinem Politiker mehr unsere Stimme geben, der nicht bereit ist, den Kurs zur massenhaften Altersarmut umzudrehen.

Wählbar sind für uns nur noch Politiker, die sich dafür einsetzen, die umlagefinanzierte Rente in den alten Stand zurück zu versetzen.

Ziel muss wieder sein: Lebensstandardsicherung im Rentenalter. Anhebung der Rente auf mindestens 53 % des Nettoeinkommens der aktiv Beschäftigten!



Name:

Vorname:

Straße / Nr:

PLZ / Wohnort:

Unterschrift:

Ausgefüllt bitte einsenden an:
"Seniorenaufruf", c/o DGB Region KERN
Legienstraße 22, 24103 Kiel



Solange die Politik in Sachen „RENTE“ nichts ändert, lautet unser Motto:

Wer Rentner quält, wird nicht gewählt!



www.seniorenaufstand.de
www.rentenpolitikwatch.de

Wer Rentner quält, wird nicht gewählt!



Argumentationszettel zum Aufruf „Politiker, die nichts gegen systematische Altersverarmung unternehmen, sind für uns nicht wählbar!“

1. Mit dem Altersvermögensgesetz 2001 wurde das Ziel ausgegeben, den RV-Versicherungsbeitrag bis 2020 nicht über 20 % und bis 2030 nicht über 22 % ansteigen zu lassen. In die Formel zur Berechnung des aktuellen Rentenwertes wurden dazu der „Riester-Faktor“ (2001) und der „Nachhaltigkeitsfaktor“ (2004) eingeführt. Diese Formel gilt gleichermaßen für die Bestandsrentner wie für zukünftige Rentner. Das Netto-Ren-

tenniveau (vor Steuern) soll darüberhinaus von 53 % im Jahre 2000 auf 43 % im Jahre 2030 gesenkt werden.

2. Ein Standardrentner (45 Jahre lang Beiträge auf Durchschnittseinkommen) bekommt heute eine Nettorente von 1.139 €. Sie würde bei 53 % 1.232 € betragen und bei 43 % nur noch 1.000 €. Die Differenz beträgt 232 €, das macht von dem Ausgangsniveau im Jahr 2000 ausgehend eine Senkung von 19 % bis 2030. Da durch die Jahr für Jahr ansteigende nachgelagerte Besteuerung die Steuerabzüge wachsen werden, wird die tatsäch-

liche Absenkung des Rentenniveaus bei deutlich über 25 % liegen.

3. Zwischenbilanz der „erfolgreichen“ Reform: Zwischen 2002 bis 2014 (12 Jahre) stiegen die Renten um 13 %, die Preise um 22,1 % und die Löhne um 23,5 % (alle Zahlen DRV).

4. Im Jahr 2001 wurde bei der Verabschiedung des AVmG davon ausgegangen, dass die Absenkung des Rentenniveaus durch private Vorsorge in Höhe von 4 % des Bruttolohnes kompensiert werden könnte. Die Modellrechnungen dazu gingen von einem Zinsniveau von 4 % aus. Heute beträgt der Garantiezins 1,25 %.

5. Die 4 % zahlen Arbeitnehmer allein (wenn sie es überhaupt können) und zwar seit 2008, wenn sie die staatlichen Zulagen in vollem Umfang erhalten wollen. Das unglaublich Absurde: Damit der Beitragssatz 2030 nicht auf 24 % steigt, sollen Arbeitnehmer seit 2008 13 % bis 14 % zahlen, die Arbeitgeber aber nur 9 % bis 10%! Zusammen werden also seit 2008 bereits 22 % bis 24 % für Rentenversicherungsbeiträge ausgegeben!

6. Die Forderung nach Anhebung des Rentenniveaus auf mindestens 55 % (netto) ergibt sich aus den Erfahrungen: Bis 1990 lag des Nettorentenniveau über lange Jahre zwischen 56 % und 60 %. Da konnte man noch von einer Lebensstandardsicherung im Alter reden.